

Rede der von Norbert Meese und Dr. Ilona Kryl (Initiatoren des Bürgerbegehrens, neben Rainer Zachow – ohne Redebeitrag) vor dem Rat der Stadt Schwelm am 30.6.2016

Teil 1

Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates, einen herzlichen Gruß an die interessierten Einwohner/innen, sehr geehrte Vertreter der Presse!

Wohin gehört das Rathaus einer Stadt? Diese Frage werden Ihnen schon Kinder mühelos beantworten können. In die Mitte der Stadt! Das ist Teil unserer Kultur. Historisch betrachtet steht das Rathaus für das Selbstverständnis, für die Selbstbestimmung und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Es repräsentiert die Stadt nach innen und nach außen. Es ist ein Symbol und kann das Schmuckkästchen einer Stadt sein. Auch Sie Frau Bürgermeisterin haben einmal gesagt, dass Ihnen ein Rathaus in der Mitte auch besser gefalle. Und mit dieser Ansicht sind sie nicht allein. „Ein Rathaus gehört in die Stadtmitte“, diese Meinung taten auch viele Parteimitglieder der Allianz kund. Und sie fuhren fort: „Was soll das denn da draußen, so ein Stuss?“ (um hier noch die freundlichere Variante wiederzugeben.)

Meine Damen und Herren der Allianz! Wie kommt es, dass Sie hier mehrheitlich eine andere Ansicht vertreten? Nach eingehendem Studium der Sachlage und Besuch der Bürgerinformationsveranstaltung können wir uns das nicht erklären, können wir uns Ihre Entscheidung nicht erklären. Da wir den Standort unseres Rathauses für wichtig halten, entschlossen wir (NM; RZ;IK) uns, unseren Worten, Taten folgen zu lassen und initiierten unser Bürgerbegehren. Wir gehören keiner Partei an und vertreten keine Partei. Gleichwohl sind wir dankbar für die Unterstützung aus den Parteien, die am 26.1.2016 für die Moltkestraße gestimmt haben. Aber mehr noch, nicht nur gehören wir keiner Partei an darüber hinaus ist das Besondere an unserem Bürgerbegehren, dass wir hier ohne Eigennutz initiativ geworden sind. Es geht hier nicht um eine Straße vor unserer Haustür oder ein Gewerbegebiet an unserer Grundstücksgrenze. Das ist ganz wichtig für Sie zu bedenken. Denn die Frage: Wohin gehört unser Rathaus ist keine parteipolitische, keine ideologische Frage. Sie ist losgelöst von einer Partei- oder Fraktionszugehörigkeit zu betrachten.

Gestatten Sie uns einen kurzen Blick auf die Ausgangslage!

Seit mehr als 30 Jahren beschäftigt uns hier in Schwelm die Standortfrage der Verwaltungszentralisierung! Alle Überlegungen bis zum Jahr 2013 drehten sich um den Standort Moltkestraße/Schillerstraße. Die sog. Null-Variante, also Sanierung der vorhandenen Gebäude wurde zu Recht nicht ernsthaft ins Kalkül gezogen. Nach dem Schulschließungsbeschluss der GHS von 2013 wurde dieser Standort in die Planungen mit einbezogen, eine Kernsanierung soll hier deutliche Kostenvorteile im Vergleich zu einem Neubau an der Moltke-/Schillerstraße bringen.

Die Verwaltungsspitze, und die die Bürgermeisterin unterstützende Parteienallianz, hat sich früh auf den Standort Holthausstraße festgelegt. Frau Bürgermeisterin Grollmann hat den Einwohner/innen ca. 6 Wochen nach Amtsantritt über die Presse mitteilen lassen, dass aus Kostengründen der Standort GHS alternativlos und Bürgerbeteiligung weder sinnvoll noch zielführend sei.

Den Unmut, der sich in weiten Teilen der Bevölkerung breit machte, nahm die Politik zum Anlass eine Bürgerinformationsveranstaltung von der Verwaltung durchführen zu lassen. Die dort am 17.12.2015 vorgestellte Präsentation ergab bei fünf untersuchten Parametern ein Votum von 3 : 2 für den Standort Moltkestraße. Heute würde das Ergebnis 4 : 1 pro Moltkestraße lauten, weil, wie wir alle wissen, die Bewertung des Raumbedarfs der Schulen nicht von großer Weitsicht geprägt war.

Die Befürworter der Variante GHS legten leider keine Argumentationskette vor, der man schlüssig folgen konnte, sondern, wenn überhaupt nur ein Glied einer nicht vorhandenen Argumentationskette, mit dem Etikett „Kosten“ !

Die Hinweise aus den Fachbereichsleitungen der Verwaltung auf ein zu erstellendes Verkehrskonzept für den Bereich Holthausstraße, die damit verbundenen Kosten, den dadurch ausgelösten zusätzlichen Verkehr in einem Wohngebiet fanden keine Berücksichtigung in den Überlegungen, bzw. Lösungen und Ergebnisse oder Kostenschätzungen hierfür, gibt es bis heute nicht !

Die zarten Hinweise der Fachbereichsleitung auf das bestehende EH- Konzept, welches der Rat rechtsverbindlich in 2012 beschlossen hat, wurden ebenso ignoriert. Dieses von Profis erstellte Konzept spricht Rat- und Kreishaus bedeutende zentrale Ergänzungsfunktionen im Rahmen der Innenstadtentwicklung zu. Hier wird von bedeutenden Frequenzbringern für die FuZo und von bestehenden Kopplungsbeziehungen zwischen dem Besuch des Rathauses oder einer Bildungseinrichtung und einem Einkauf gesprochen.

Innenstädte sind aus regional- und landesplanerischer Sicht ein Schutzgut im Sinne des BauGB und der BauNVO und positive Standortfaktoren gilt es für die Zukunft zu sichern und auszubauen, so die für Verwaltung und Rat rechtsverbindlichen Handlungsempfehlungen dieses vom Rat beschlossenen Konzeptes. Die positiven Standortfaktoren würden mit ihrem Ratsbeschluss vom 26.01.2016 und dessen eventueller Umsetzung aus der Innenstadt entfernt. In Konsequenz muss man davon ausgehen, dass die Zentralisierung der Verwaltung in der Holthausstraße zu einem Kaufkraftverlust in der Innenstadt führt. Die weitere Entwicklung mögen wir uns gar nicht ausmalen.

Unser Gespräch mit Händlern hat gezeigt, dass selbst die Auslagerung des Straßenverkehrsamtes im Kreishaus zu einem Kaufkraftabfluss geführt hat. In Konsequenz produzieren wir ein Mehr an Verkehr und belasten ein Wohngebiet mit vorsichtig geschätzt zusätzlich 150.000 Passanten, die mit Bus, PKW, Rad oder zu Fuß in eine Nebenlage genötigt werden, um dort eine Dienstleistung oder eine Bildungseinrichtung in Anspruch zu nehmen. Das Gebiet Holthausstraße liegt nicht in den Wegebeziehungen der Menschen, sondern ist von einer reinen wohnwirtschaftlichen Nutzung geprägt. Handlungsempfehlung des EH – Konzeptes ist nicht die verkehrliche Belastung von Nebenzentren sondern die Stärkung und Belebung des Zentrums, ist das Zentrum doch der vitale Motor und Ausgangspunkt vielfältiger Aktivitäten in kommerzieller und auch kultureller Hinsicht.

Dass Sie eine „Neue Mitte“ gestalten wollen, und das ohne Rathaus, widerspricht nicht nur dem gesunden Menschenverstand sondern auch professionellen Empfehlungen.

Sie verweigern hier einen nachhaltigen eigenen Beitrag für die Entwicklung eines vitalen Innenstadtzentrums.

Argumentationsgrundlage sind Schätzungen und die hartnäckige Weigerung der Verwaltungsspitze die GHS z.B. auf Schadstoffe untersuchen zu lassen bzw. die Betonkörper überprüfen zu lassen, ob diese überhaupt für eine Sanierung infrage kommen.

Hier verweist man auf die von Drees und Sommer im Gutachten vorgenommene Risikorückstellung, die auf Erfahrungswerten beruht aber auch nicht belastbar ist. Die von Ihnen angestrebte Kernsanierung ist eine Wundertüte, die in einem Fiasko enden kann. Diese Risiken entfallen bei einem Neubau !

Die nicht nachvollziehbare Herangehensweise an das Projekt „Zentralisierung“, die einseitige Festlegung auf die GHS, ohne den Standort Moltkestraße einer erneuten seriösen Prüfung zu unterziehen, geschweige denn eine Planung am Standort durchzuführen, führte dazu, dass der Vergleich einer Kostenschätzung mit einer Bachelor-Arbeit zu einer Entscheidungsgrundlage wurde, die weder stadtplanerische Gesichtspunkte noch die negativen Auswirkungen, nicht mehr vorhandener positiver Standortfaktoren auf die vorhandene Händlerstruktur und auch auf künftige Ansiedlungs- und Investitionsentscheidungen, berücksichtigt. Dies hat mehr Misstrauen denn Vertrauen und mehr Ablehnung als Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufen.

Gestatten Sie mir noch ein paar Sätze zur Chronologie der Ereignisse, ab dem 15.02.2016, dem Tag unseres Antrages.

Frau Dr. Kryl, Herr Zachow und auch ich sind keine routinierten „Bürgerbegehrer“ und auch im politischen Tagesgeschäft nicht zuhause. Uns ist es, so glaube ich, gelungen, trotz aller Emotionalität den Pfad der sachlichen Auseinandersetzung beizubehalten.

Was uns nachhaltig irritiert hat, ist die Hinhaltetaktik der Verwaltungsspitze, die von einem gewöhnungsbedürftigen Umgang mit unserem Schriftverkehr geprägt war. Ihre Interpretation der Gemeindeordnung, die sagt, dass Sie ein Bürgerbegehren im Rahmen Ihrer Möglichkeiten unterstützen müssen, hat gezeigt, dass Ihre Möglichkeiten und auch Ihre Bereitschaft, sehr begrenzt waren.

Die Berufung von Frau Bürgermeisterin auf ihre Neutralität, die sie gleichzeitig mit ihrer Presseerklärung vom 19. Mai mehr als infrage stellt, indem sie mit erhobenem Zeigefinger auf ein evt. unzulässiges Bürgerbegehren verweist und fälschlich behauptet, wir hätten nicht wie gewünscht die finale Unterschriftenliste eingereicht, hinterlässt nicht nur ein Geschmäckle, sondern versucht Einfluss zu nehmen und die Bevölkerung zu verunsichern.

Zu erwarten und trotzdem enttäuschend war der Antrag der CDU an die Verwaltung auf Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens. Dies in Kenntnis des Schriftverkehrs den wir, die Initiatoren, mit der Verwaltung geführt haben. Geht doch daraus eindeutig hervor, dass die Verwaltung ein externes Büro mit der Prüfung beauftragt hat. Es ist dann noch der Städte- und Gemeindebund bemüht worden, nachdem zuvor die CDU schon die Ressourcen der kommunalpolitischen Vereinigung und einen weiteren Juristen für die Formulierung ihres Antrages in Anspruch genommen hat.

Soviel zum Vertrauen der Allianz in die Arbeit der Verwaltungsspitze!

Wir haben uns, mit unseren im Vergleich dazu bescheidenen Möglichkeiten, auf den heutigen Tag hingearbeitet und stellen uns nun Ihrem Abstimmungsverhalten.

Machen Sie etwas draus, nutzen Sie die Chance bei den Bürger/innen Vertrauen zurück zu gewinnen.

Teil 2

(Anrede) Sie persönlich sind gefragt. Wir haben es hier mit einem Thema zu tun, dass über Jahrzehnte schon unter Wahlkampf- bzw. Lagerdenken zu leiden hatte. Hier wird dem anderen nicht gegönnt, ein Rathaus zu bauen. Dass dies so gesehen wurde und auch wird, unterstreicht dabei nur, dass ein Rathaus von allen als etwas Besonderes betrachtet wird. Wir und viele mit uns erkennen hier ein verschlepptes Wahlkampfthema, von dem die alliierten Parteien nun nicht mehr abweichen möchten. Man hat sich die Faktenlage nun so konstruiert, sich die GHS so schön geredet und so schön gerechnet, dass man da, so scheint es, ohne Gesichtsverlust nicht mehr herauskommt.

Aber vergessen Sie's! Machen Sie sich frei davon!

Sonst wird Schwelm unter diesem verschleppten Wahlkampfthema leiden gleichsam einer verschleppten Grippe, die ja bekanntermaßen auch üble und teilweise irreparable Langzeitfolgen haben kann. Und das ist genau das, was die Schwelmer und Schwelmerinnen nicht haben wollen. Genau das sind sie leid, das Taktieren, das Boykottieren, das In-die-Länge-Ziehen.

Die Allianz zu wählen, und das weiß ich aus meinem eigenen Bekanntenkreis, war die Hoffnung auf eine Entscheidungsfähigkeit, jedoch nicht zum Selbstzweck sondern im Sinne Schwelms und seiner Bürgerinnen und Bürger. Die Allianz zu wählen, hieß Sie zu wählen, Frau Grollmann, - Sie zu wählen, ließ die Hoffnung auf eine gewisse Unabhängigkeit aufkeimen. Sie verkündeten, für alle da zu sein.

Und nun? Haben wir nun eine Allianz gegen den Bürgerwillen? Die 3138 Unterschriften stehen nicht für überrumpelte Omas, wie uns despektierlich von einigen von Ihnen vorgeworfen wurde. Unter diesen 3138 Unterschriften befinden sich Mitglieder und Anhänger aller hier anwesenden Parteien; darunter befinden sich Menschen aus dem gesamten Querschnitt der Schwelmer Wählerschaft, ob nun 16 oder 91, Mann oder Frau, Ur-Schwelmer oder Schwelmerin mit Migrationshintergrund, arm oder reich; darunter befinden sich Bauingenieure, Architektinnen, Friseure, Metzger, Unternehmer, Reinigungskräfte, Lehrerinnen, Steuerberater, Ärztinnen und viele mehr und selbstverständlich auch Omas.

Vor allem aber sind die Einzelhändler der Fußgängerzone und der Innenstadt hervorzuheben, die für Ihre Entscheidung – wie schon ausgeführt - gar kein Verständnis aufbringen können. Kein Verständnis hat man auch für Ihre Kritik an unserer Fragestellung, legen Sie doch damit nahe, der unterzeichnende Bürger, wisse nicht, um welches Terrain es sich handele. In gewisser Weise haben Sie aber recht, wir sind nämlich häufiger gefragt worden, wo denn die Holthausstraße sei – und dann haben wir die Lage der GHS auf einer Karte gezeigt. Wozu sollten wir die Menschen auch in die Irre führen wollen – wie gesagt, wir verfolgen keinen Eigennutz.

Ich denke, wir dürfen an dieser Stelle auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung nicht vergessen. Diese haben sich in einer Befragung zu über 87 % für die Moltkestraße ausgesprochen. Interessant wäre natürlich zu wissen, warum sie dies getan haben. Es mag vielerlei Gründe geben, aber drei springen sofort ins Auge:

1. Schätzen sie sicherlich die Nähe zur Stadtmitte für eigene Erledigungen.
2. Dürfen wir davon ausgehen, dass sie aus vielen Kontakten die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger kennen.

Und 3. und nicht zuletzt wird es ihrem stadtplanerischen Sachverstand zuzuschreiben sein. Erlauben Sie mir eine kurze berufliche Randnotiz für die Zukunft: Machen Sie eine Befragung nur dann, wenn Sie ergebnisoffen unterwegs sind. Alles andere wird als Farce erlebt und tötet die Motivation.

Eine Allianz gegen den Bürgerwillen und gegen den Mitarbeiterwillen, das kann nicht Ihr Ansinnen sein. Wir haben erfahren, wie viel Arbeit Politik sein kann. Wir sind für unser Bürgerbegehren auf die Straße gegangen, wir haben uns durch viele Vorlagen und Gutachten gekämpft – allein so ein Einzelhandelskonzept umfasst 160 Seiten -, wir haben Gespräche mit Experten gesucht, uns mit juristischen Details auseinander setzen müssen, usw. und so fort. Einiges davon liegt fernab von unserem jeweiligen beruflichen Hintergrund. Dieses Engagement zeigen viele von Ihnen schon seit vielen Jahren, und das verdient unser aller Respekt.

Aber fragen Sie sich einmal: Warum sind Sie in die Politik gegangen? Was war Ihr Antrieb? Vielleicht war der Ursprung Ihres Engagements auch eine ganz konkrete Frage, so wie bei uns jetzt. Vielleicht wollten Sie etwas besser machen als die Etablierten, transparenter, nachvollziehbarer, ehrlicher und unabhängig und frei. Erinnern Sie sich daran und entscheiden Sie frei, wenn Sie gleich über unser Bürgerbegehren abstimmen. Verstecken Sie sich nicht hinter vermeintlichen Mehrkosten oder juristischen Winkelzügen. Haben Sie keine Angst, dass dadurch die Allianz gefährdet ist. Das ist sie nämlich nicht.

Die Allianz ist kein Gut an sich, sie kann nur Mittel zum Zweck sein. In der Frage, wohin gehört unser Rathaus, geht es aber eben nicht um Machterhalt sondern um die verantwortungsvolle auf Jahrzehnte prägende Gestaltung unserer Stadt. Sie haben sich durch die frühzeitige Festlegung selbst Ihrer Handlungs- und Gestaltungsspielräume beraubt!

Im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden sind wir, sind Sie hier in Schwelm in der luxuriösen Lage, ein passendes Grundstück für ein Rathaus in der Mitte der Stadt zu haben. Den Sparauflagen ist doch schon mit der Zentralisierung allein gedient. Und Sie – und auch wir - wissen eben gerade nicht, welcher Standort der kostengünstigere ist.

Sie sind nicht einer Allianz verpflichtet sondern nur Ihrem Gewissen und dem nachhaltigen Wohl unserer Stadt. Wir können gemeinsam eine Ideenschmiede bilden, um für die GHS eine gute Lösung zu finden, wenn sie letzten Endes nicht doch noch als Schulgebäude benötigt werden sollte. Füllen Sie jetzt die richtige und unabhängige Entscheidung. Stimmen Sie für das Bürgerbegehren!

Wenn Sie das nicht können, dann stimmen Sie doch wenigstens für die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens und lassen die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Lassen Sie es nicht auf eine juristische Klärung ankommen. Damit hat Ihre Politik schon jetzt verloren. Zig Bürger haben uns schon finanzielle Unterstützung angeboten, weil sie von dieser juristischen Trickserei sehr enttäuscht sind. Und seien Sie sich gewiss: Wir werden klagen und – gewinnen. Und dann haben Sie gleich doppelt verloren: in der Sache und vor allem aber im Ansehen.

Zeigen Sie wahre Größe! Das bringt Ihnen ein reines Gewissen und stellt die so gewonnene Entscheidung auf eine breite tragfähige Basis! Zeigen Sie, dass Sie den Bürgerwillen ernst nehmen. Erinnern Sie sich an Ihre Beweggründe für Ihr politisches Engagement.

Stehen Sie dem Bürgerentscheid nicht im Weg! Bedenken Sie Kindermund tut Wahres kund: Unser aller Rathaus gehört in die Mitte!

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit !

Schwelm, den 30.Juni 2016

Norbert Meese Dr. Ilona Kryl Rainer Zachow